

Herbert Behrens

Mitglied des Deutschen Bundestages



Dr. Lukrezia Jochimsen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kathrin Senger-Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages

Halina Wawzyniak

Mitglied des Deutschen Bundestages

Presseinfo

Berlin, den 17. Oktober 2012

10 Jahre Urhebervertragsrecht: LINKE schlägt Reform des „Stärkungsgesetzes“ vor

Vor zehn Jahren ist in Deutschland das „Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern“ in Kraft getreten. Dessen erklärtes Ziel war es, den Urheberinnen und Urhebern bei ihren Vertragsverhandlungen mit Verlagen, Musiklabels oder Zeitungen und Zeitschriften den Rücken zu stärken. Kern des Gesetzes war der Anspruch auf eine „angemessene Vergütung“. Die Verbände der Urheberinnen und Urheber sowie der Verwerter und Medienkonzerne sollten im Rahmen von „gemeinsamen Vergütungsregeln“ einvernehmlich festlegen, was darunter zu verstehen sei.

Mittlerweile steht fest, dass das Gesetz seine Wirkung verfehlt hat. Gerade einmal in drei Teilbranchen ist es zu sogenannten gemeinsamen Vergütungsregeln gekommen: bei den Belletristik-Schriftstellern, den Tageszeitungsjournalisten und den Drehbuchautoren. Häufig werden die Regeln in der Praxis jedoch nicht angewendet, weil die Medienunternehmen sich weigern, ihre Verträge entsprechend anzupassen. Insbesondere die Tageszeitungsjournalisten erhalten nur in den seltensten Fällen das, was ihre Verbände ausgehandelt haben. Die Literaturübersetzer mussten bis zum Bundesgerichtshof klagen. Bis heute versuchen die Buchverlage jedoch, dessen Rechtsprechung zu umgehen.

In den anderen Teilbranchen der Kreativwirtschaft ist es meist gar nicht erst zu Verhandlungen gekommen, oder sie blieben ergebnislos. Denn der Gesetzgeber hat den Urhebern keine Mittel an die Hand gegeben, um ihre Ansprüche auch tatsächlich durchzusetzen. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, ihre Auftraggeber vor Gericht zu verklagen. Davor schrecken allerdings die meisten zurück, weil sie fürchten, andernfalls keine Folgeaufträge mehr zu bekommen.

DIE LINKE hat nun ihren „Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern“ vorgelegt. Damit soll die ursprüngliche Absicht des Gesetzgebers endlich verwirklicht werden: die Stärkung der Verhandlungsposition von Urheberinnen und Urhebern beim Abschluss von Verträgen über Urheberrechte. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die großen Verbände der Contentindustrien im Namen der Urheberinnen und Urheber einen stärkeren Schutz des geistigen Eigentums einfordern, zugleich jedoch die Rechte der eigentlichen Betroffenen mit Füßen treten.

Dies sind die Kernpunkte des linken Gesetzentwurfs:

- In Urheberverträgen dürfen keine Rechte übertragen werden, die die Verwerter nicht benötigen (Vertragszweckbindung).
- Sittenwidrigen Total-Buyout-Verträgen wird ein Riegel vorgeschoben.
- Der Anspruch auf „angemessene Vergütung“ wird durchsetzungsstark ausgestaltet.
- Die gesetzlichen Vorgaben für die Aushandlung „gemeinsamer Vergütungsregeln“ werden so gestaltet, dass Verwerter sich den Verhandlungen nicht entziehen können und dass am Ende ein Ergebnis steht.
- Die Kündigungs- und Rückrufsrechte der Urheberinnen und Urheber werden gestärkt.

Eine frühere Fassung dieses Gesetzentwurfs stand erstmals im Mai 2012 im Internet zur Kommentierung bereit. Zahlreiche Stakeholder haben sich seitdem an der Debatte über die konkrete Gestalt der vorgeschlagenen Neuregelung beteiligt. Ein Partizipationsprozess, der nicht beispiellos ist, für die parlamentarische Kultur in Deutschland jedoch noch immer ein Novum. Urheberrechtsjuristen meldeten sich zu Wort, Kreativschaffende unterbreiteten konkrete Formulierungsvorschläge, Nutzerinnen und Nutzer sowie Vertreterinnen und Vertreter von Berufsverbänden und Gewerkschaften traten in eine produktive Diskussion mit den beteiligten Abgeordneten. DIE LINKE hat all diese Anregungen ausgewertet, wovon der Gesetzentwurf stark profitiert hat. Die beteiligten Abgeordneten haben in einem offenen Antwortbrief erläutert, welche Anregungen bei der Überarbeitung aufgegriffen wurden, welche nicht. Beides ist ausführlich und transparent begründet. Natürlich soll damit die Diskussion nicht zu Ende sein.

Im Gegenteil, jetzt fängt sie erst an. Der Gesetzentwurf wird nun in die parlamentarische Beratung eingebracht. DIE LINKE liefert damit den Anstoß für einen Kurswechsel in der festgefahrenen Debatte über das Urheberrecht im digitalen Zeitalter. Eine Reform des Urhebervertragsrechts ist dringend geboten. Aber sie wird nur kommen, wenn alle, die daran ein Interesse haben, am selben Strang ziehen. DIE LINKE freut sich deshalb auf weitere Gespräche zu diesem Thema: mit Urheberinnen und Urhebern, mit Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen sowie mit Nutzerinnen und Nutzern.

Weitere Informationen:

Jörg Braun, Wissenschaftlicher Mitarbeiter MdB Petra Sitte, Tel. 030 – 227-71419, petra.sitte.ma03@bundestag.de

Ilja Braun, Referent Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft, Tel. 030 – 227-51364, ilja.braun@linksfraktion.de